

Stv. Lenz stellt den Antrag auf eine Aussprache über den Presseartikel bezüglich des gemeinsamen Antrages der CDU, UWG und Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Bauleitplanung im Sinne des Moscheebaus am Standort des Hagebaumarktes in der Brückenstraße.

Laut dem Presseartikel haben die Parteien CDU, UWG und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt, das Gelände des Hagebaumarktes in der Brückenstraße durch eine Bebauungsplanänderung zu einem Gewerbegebiet auszuweisen und an dieser Stelle den Bau einer Moschee auszuschließen.

Stv. Lenz fordert die drei Parteien auf, ihre Haltung in dieser Sache aufzugeben.

Bürgermeister Thul gibt zu diesem Thema eine Stellungnahme ab.

Laut Stv. Schulte wurde die Frage an die CDU gestellt, wie es mit dem Moscheebau auf der Fläche des Hagebaumarktes weiter geht und was zu tun wäre, um auf diesem Gelände Gewerbe anzusiedeln.

Stv. Pütz führt aus, dass seiner Ansicht nach nicht die Frage des Moscheebaus, sondern die Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen zu den vordergründigen Themen der Stadt gehöre.

Die über einen Zeitraum von etwa 40 Jahren bestehenden Probleme bezüglich des Moscheebaus liegen darin begründet, dass der Moscheeverein in der Vergangenheit ein unzuverlässiger Gesprächspartner gewesen sei. Stv. Pütz weist darauf hin, dass die UWG ein Bürgerbegehren gegen den Neubau einer Moschee auf diesem Gelände anregen würde.

Stv. Wernicke erklärt, dass nach Ansicht der Grünen die gesamte Fläche für die Ansiedlung von Gewerbe zu nutzen sei. Die Grünen haben sich dafür entschieden, weil die Fläche zu wertvoll für den Neubau eines religiösen Gebäudes sei.

Der Vorsitzende befürwortet die Anlegung eines Gewerbegebietes auf dem Gelände des Hagebaumarktes. Unabhängig davon sei das Problem für die ansässigen Gewerbebetriebe in der Wiesenstraße nicht gelöst, welches aufgrund des hohen Aufkommens von parkenden Fahrzeugen u. a. zu den Stoßzeiten der Freitagsgebete in der Wiesenstraße besteht.

Stv. Pektas legt seine Sicht auf die Dinge dar. Durch die Gewerbesteuererinnahmen könnte die Grundsteuer B gesenkt werden. Ein Gewerbegebiet auf dem Gelände in der Brückenstraße bringe die Voraussetzungen hierfür mit und schaffe durch die Ansiedlung von Firmen auch neue Arbeitsplätze. Problem bei der Lösung des Moscheebaus in der Wiesenstraße wäre für die ansässigen Gewerbebetriebe durch die „Falschparker“ immer noch gegeben.

Der Vorsitzende stellt die Frage an den Ausschuss, ob der Bürger Stefan Kuxdorf (Geschäftsführer der Firma Hermann Schürfeld GmbH & Co. KG) als Vertreter eines der betroffenen Gewerbebetriebe in der Wiesenstraße zu diesem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung machen kann.

Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Kuxdorf gibt zu bedenken, dass ein Umbau bzw. eine Erweiterung der Moschee in der Wiesenstraße die bestehenden Probleme der ansässigen Betriebe im Gewerbegebiet nur noch verstärke.

Stv. Schulte weist nochmals darauf hin, dass es bei dem gemeinsamen Antrag der drei Parteien darum gehe, auf dem Gelände des Hagebaumarktes Gewerbe anzusiedeln.